

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973  
1950**

138 (1.7.1950)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 24 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landemann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 8-spaltige Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 1. Juli 1950

Nr. 138

## Auch Landstreitkräfte nach Korea

Maßnahmen, um dem Überfall entgegenzutreten — Bomber auch nördlich des 36. Breitengrades

Washington (UP). Die Vereinigten Staaten haben sich zu einer Reihe von neuen, einschneidenden Maßnahmen entschlossen, um der zunehmenden Lageverschlechterung in Südkorea zu begegnen und die kommunistischen Angreifer zurückzuschlagen. Vor allem ist General MacArthur die Vollmacht erteilt worden, amerikanische Landtruppen auf den koreanischen Kriegsschauplatz zu werfen. Die ersten Truppentransporte dieser Art sind bereits nach Korea unterwegs, weitere größere Transporte werden in Japan zusammengestellt.

Präsident Truman, der diesen Entschluß der amerikanischen Regierung bekannt gab, sagte nicht, was für amerikanische Truppenverbände nach Korea geschickt werden sollen. Doch nimmt man an, daß es sich dabei um Panzerregimenten und Sondereinheiten zur Panzerabwehr, die mit modernsten Waffen ausgerüstet sind, handeln wird. Man nimmt weiter an, daß General MacArthur weitere abkommandieren wird, wie zur Überwindung der kommunistischen Angreifer erforderlich erscheinen. Seit Tagen war es schon offensichtlich gewesen, daß es das Eingreifen von Landtruppen bedürfte, um den Vormarsch der Nordkoreaner aufzuhalten.

Luftaktionen gegen Nordkorea

Zur gleichen Zeit wurde den amerikanischen Luftstreitkräften der Befehl erteilt, nordkoreanische Flugzeuge und Stützpunkte auch nördlich des 36. Breitengrades, der legitimen Grenze zwischen Nord- und Südkorea, anzugreifen. Auch die Verwirklichung dieses Befehls Trumans ist schon im Gange. Mit den neuen Maßnahmen hat General MacArthur praktisch freie Hand erhalten, die ihm zur Verfügung stehenden amerikanischen Land-, See- und Luftstreitkräfte nach eigenem Ermessen zu verwenden. Im einzelnen sind aber die genauen Absichten des amerikanischen Oberkommandierenden im Fernen Osten noch nicht bekannt. Aber allgemein hat man den Eindruck, daß große Entscheidungen heranziehen. Präsident Truman überprüfte, wie amtlich bekanntgegeben wurde bei einer Zusammenkunft mit dem Führern des Kongresses zusammen mit dem Verteidigungsminister, dem Außenminister und den Stabschefs die letzten Entwicklungen der Lage in Korea. Die Führer des Kongresses wurden über die verstärkten militärischen Aktionen voll informiert.

Immer mehr Truppenkontingente

Das nationalchinesische Regime auf Formosa hat beschlossen, 30.000 Mann Infanterie und Panzerregimenten zur Verstärkung der südkoreanischen Truppen nach Korea zu entsenden. Dabei handelt es sich um nationalchinesische Elitetruppen, die ausgezeichnet ausgebildet und ausgerüstet sind. Diese Truppen stehen jederszeit zum Abtransport bereit. Der australische Ministerpräsident Menzies hat den in Japan stationierten australischen Jagdfliegern die Erlaubnis erteilt, in den Koreakrieg einzugreifen. Zur gleichen Zeit hat er die ursprüngliche australische Absicht, die

australischen Besatzungstruppen aus Japan zurückzurufen, vorläufig zurückgestellt und beschlossen, diese Truppen bis zur Beendigung der Korea-Krise in Japan zu belassen. Australische Marineeinheiten wurden schon am Vortage dem alliierten Oberbefehlshaber in Japan, General MacArthur unterstellt.

Waffenhilfsprogramm genehmigt

Der amerikanische Senat genehmigte unter dem Eindruck der Ereignisse in Korea das Waffenhilfsprogramm in dem Umfang von 1.225.000.000 Dollar, um die Entschlossenheit der USA zu bekunden, allen Staaten der Welt in ihrem Kampf gegen den Kommunismus zu helfen. Von den bewilligten Mitteln gehen eine Milliarde Dollar an die Staaten des Nordatlantikkongresses in Westeuropa. Etwa 100 Millionen Dollar waren für Korea bestimmt. Diese Summe kann jedoch auf 200 Millionen erhöht werden.

Im Verlauf der Aussprache traten ein: Sa-

nator nach dem andern auf die Regierungstruppe und forderten die Unterstützung der Maßnahmen des Präsidenten in der gegenwärtigen Krise. Sie wiesen darauf hin, daß alle Völker, die vom Kommunismus bedroht sind, ermutigt werden müßten, Senator Taft sagte, die Gesetzesvorlage müsse angenommen werden, „da es gefährlicher ist, die Waffenhilfe zu beenden, als sie fortzusetzen“.

Die Gesetzesvorlage über die Waffenhilfe geht jetzt an das Repräsentantenhaus zur Bestätigung. Mit dieser Vorlage werden jedoch die Mittel noch nicht bewilligt, sondern es handelt sich um die grundsätzliche Entscheidung über die Fortführung der Waffenhilfe im neuen Fiskaljahr 1951. Das Gesetz über die Bewilligung der Mittel für die Waffenhilfe dürfte bald vom Kongreß beraten werden. In unrichtigen Kreisen glaubt man, daß die Summen vom Kongreß im Hinblick auf die internationale Lage vielleicht sogar erhöht werden könnten. Auf Grund der vom Senat angenommenen Fassung der Vorlage ist Präsident Truman ermächtigt, nach seinem Ermessen Summen bis zu 122.250.000 Dollar von einem Staat auf einen anderen zu verlagern, wenn es im Interesse der militärischen Verteidigung liegt.

## Man darf hoffen . . . .

Deutschland im Ost-West-Konflikt  
Von Willi Schickling

12.000 Kilometer von hier donnern die Kanonen. Und schon fühlen sich einige ängstliche deutsche Hausfrauen veranlaßt, jene Konserven zu hamstern, deren Hersteller monatelang vor Absatzsorgen weder aus noch ein wußten. Ist auch diese unerwartete Sonderkonjunktur der notleidenden deutschen Konservendindustrie kaum mehr als eine kleine Episode am Rande des dramatischsten Geschehens seit Kriegsende, so veranschaulicht sie doch, wie sehr die Menschen irgendwo in Deutschland ihr persönliches Schicksal mit den Vorgängen in Seoul oder Inchon verflochten sehen.

Der „heiße Sommer“ seit 1945 führte jedoch in der Bundesrepublik, die wegen ihrer gefährdeten Lage den Konflikt zwischen den beiden Westmächten mit atemloser Spannung verfolgt zu keiner Panik. Zwar soll es da und dort zu Angstklüfen im Lebensmittelhandel gekommen sein, aber eine allgemeine Tendenz zur privaten Warenhortung ist nicht zu verzeichnen. Nachfragen bei Sparkassen ergaben, daß keine ungewöhnlichen Geldabhebungen stattfanden.

Trumans überraschender Entschluß, amerikanische Streitkräfte in den Kampf um Korea zu werfen und damit der vorrückenden kommunistischen Weltmacht ein unwiderrufliches „bis hierher und nicht weiter“ entgegenzusetzen, leitet — das fühlt man besonders stark in Deutschland — einen neuen und vielleicht entscheidenden Abschnitt des „Kalten Krieges“ ein: einen Abschnitt, der Gewähr darüber bringen wird, bis zu welchem Punkte die Sowjetunion die Auseinandersetzung treiben will. Für die Zukunft der Bundesrepublik, die im Zeichen des Weltkonflikts beherrschendes Ost-West-Konflikts geboren wurde und die im Brennpunkt dieses Konflikts liegt, ist diese Gewähr von lebenswichtiger Bedeutung.

Wenn auch die Frage der formellen alliierten Sicherheitsgarantie noch immer in der Schwebe ist, so hat doch der jüngste Schritt des amerikanischen Präsidenten deutlich gezeigt, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, im Notfall die gefährdeten Punkte der westlichen Welt — und damit auch Westdeutschland — energisch zu verteidigen. Die verhältnismäßig milde Reaktion Moskaus, die sich bisher auf Worte beschränkte, hat die Hoffnung verstärkt, daß die amerikanische Entschlossenheit Stalin von größeren militärischen Aktionen abhalten wird.

Man würde jedoch die Hartnäckigkeit und das taktische Geschick der sowjetischen Machthaber unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß der Kreml keinen Gegenangriff auf das amerikanische Vorgehen plane. Aus Berlin wird gemeldet, daß die sowjetischen Behörden den westlichen Sektoren die Stromlieferungen sperren werden. Gleichzeitig wird eine Verstärkung der kommunistischen „Untergrund-Propaganda“ in Westberlin gemeldet. Die Sowjetunion wird nicht so leicht aufgeben. Die Schauplätze und die Methoden des „Kalten Krieges“ werden vielleicht noch mehrmals wechseln, aber Deutschland als wichtigster Vorposten der westlichen Zivilisation wird in diesem Ringen immer eine wesentliche Rolle spielen. Man darf hoffen, daß ihm das Schlimmste erspart bleiben wird.

## Kommunisten brachen durch

Flucht der Südkoreaner am Han — Südkoreanische Truppen in den Außenbezirken von Seoul

Washington (UP). Die von den südkoreanischen Truppen in den letzten Tagen geplanten offensiven Maßnahmen konnten von den kommunistischen Truppen, an ihrer Spitze vierzig bis fünfzig Panzer, gelang es, den Han-Fluß zu überschreiten und die südkoreanischen Verteidigungslinien südwestlich Seoul zu durchbrechen.

Zwei Tage lang hätten die geschlagenen Südkoreaner den angreifenden Kommunisten am Han-Fluß tapferen Widerstand geleistet. Dann aber, als die schweren sowjetischen Panzer vorrückten, brach ihre Verteidigung zusammen. Ohne schwere Waffen, die sie schon auf ihrer Flucht aus Seoul verloren, hatten sie den Angreifern nichts mehr entgegenzusetzen. In völliger Auflösung warfen sie ihre Waffen fort und wandten sich in panikartiger Flucht nach Süden, weg von den stählernen Ungetümen.

Selbst in Suwon, wo das vorgeschobene amerikanische Hauptquartier liegt, machten sie keinen Halt. Auf Lastwagen flohen sie weiter nach Süden. Andere folgten ihnen zu Fuß, immer mit dem Schreckenruf „Panzer, Panzer!“ auf den Lippen. So verstört waren sie und so hemmungslos ihre Flucht, schon weit hinter der Front, daß sie nicht merkten, wie Stahlhelme und Ausrüstung verloren gingen und über die staubigen Straßen Suwons rollten.

Auf der anderen Seite ist es aber auch südkoreanischen Verbänden gelungen, wie die amerikanische Militärmission bekanntgab, wieder bis in die westlichen und östlichen Vororte der von den Kommunisten besetzten Hauptstadt Seoul vorzudringen.

Die amerikanischen Landstreitkräfte in Japan, die für Korea in Frage kommen, bezi-

fern sich auf über 123.000 Mann. Bereits sind auch die britischen Marineverbände zu den amerikanischen Einheiten gestochen. Sie nehmen jetzt, wie in Tokio bekannt wurde, an den Operationen gegen Nordkorea teil.

Amerikanische Bomber vom Typ B-29 „Superfortress“ haben am Freitag nordkoreanische Kräfte am Han östlich und westwärts von Seoul angegriffen. Truppenansammlungen und Nachschublinien seien stark bombardiert worden. Nach der Mitteilung wurden 15 nordkoreanische Panzer, 30 motorisierte Fahrzeuge, 2 Lokomotiven und eine unbekannte Anzahl von kleineren Fahrzeugen zerstört.

US-Hauptquartier verlegt

Die amerikanischen Hauptquartiere in Südkorea sind von Suwon nach Taegon verlegt worden, wo sich auch die südkoreanische Regierung befindet. Ein offizieller Sprecher der amerikanischen Streitkräfte teilte mit, daß die südkoreanischen Truppen sich irgendwo zwischen Seoul und Suwon wieder sammeln. „Wir hoffen, daß sie die nordkoreanischen Streitkräfte aufhalten können“, die durchgebrochen seien. Mit Ausnahme dieser Durchbruchsstelle habe sich die Front am Han „mehr oder weniger“ stabilisiert. Der Sprecher wies darauf hin, daß die südkoreanischen Truppen nach den letzten Nachrichten noch den Han in Suwon, 30 km westlich von Seoul, der von nordkoreanischen Flugzeugen heftig bombardiert wurde, halten.

Fühlbare Entspannung nach der Sowjetnote

Die amerikanische Beurteilung der Lage — Korea ein zweites Spanien?

Washington (UP). Die in gemäßigten Worten gehaltene sowjetische Note über den koreanischen Krieg scheint nach Ansicht hiesiger Diplomaten die Gefahr eines Zusammenstoßes der Großmächte zumindest vorübergehend auszuschließen. Man geht aus der sowjetischen Erklärung zu entnehmen, daß der Kreml gegenwärtig nicht die Absicht hat, die nordkoreanischen Kommunisten gegen das amerikanische Eingreifen zu unterstützen.

Auf der anderen Seite wird die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen, daß Korea ein zweites Spanien werden könne. Kurz nach der Veröffentlichung der sowjetischen Note machte sich in hiesigen diplomatischen Kreisen eine sichtbare Entspannung bemerkbar. Während sich das State Department nach jedem Kommentar enthält, wurde die sowjetische Antwort in gut informierten Kreisen als gerade das bezeichnet, „worauf man gehofft und gewartet“ habe.

Die Ablehnung des Kreml, bei der nordkoreanischen Regierung auf Einstellung des Feuers und Rückzug aus südkoreanischem Gebiet hinzuwirken, hat in Washington nicht weiter überrascht. Was die diplomatischen Kreise ermutigte und interessierte, war das Fehlen der Forderung, daß die Sowjetunion in die Kämpfe eingreifen werde. Darüber hinaus hat der Hinweis auf die sowjetische Nichtteilnahmepolitik in die inneren Angelegenheiten Koreas die Hoffnung bestärkt, daß der Kreml die „Hände aus dem Spiel läßt“.

Kongreß mit Trumans Maßnahmen einverstanden

Washington (UP). Die Führer des amerikanischen Kongresses haben am Freitag Präsident Trumans Befehl zur Entsendung von Landtruppen nach Korea zur Abwehr des kommunistischen Überfalls einstimmig gebilligt. Der Führer der Republikaner im Senat, Senator Wherry, erklärte, Präsident Truman möge den Kongreß zu einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser einberufen. Er sollte einen Bericht erstatten, seine Maßnahmen schildern und dem Kongreß Vorschläge machen. Der Führer der Demokraten im Senat, Senator Lucas, sagte, die

## Berlin vor neuer Bedrohung?

Mitteilungen eines geflohenen Funktionärs

Bonn (UP). Die Sowjetbehörden planen eine neue Blockade Westberlins, um in einem letzten verzweifelten Ansturm die viergeteilte Stadt ganz zu „erobern“ und die einzige demokratische Bastion im Ostblock hinwegzufegen, behauptete ein hoher kommunistischer Funktionär in Bonn.

In einem exklusiven UP-Interview erklärte der Funktionär, der erst Donnerstagabend in der Bundesrepublik geflohen war, daß die neue Blockade Berlins „kurz bevorstehe“. Die Einstellung der Stromlieferungen für Westberlin sei erst der Anfang. Zur Unterstützung dieses angeblichen neuen Versuchs, die Westsektoren Berlins zu erobern, haben die sowjetischen Behörden nach der Darstellung des politischen Flüchtlings riesige Truppenkontingente in der unmittelbaren Umgebung Berlins zusammengezogen. Alle aktiven Einheiten der roten Besatzungsarmee seien in Jüterbog, Oranienburg und Eberswalde vor den Toren Berlins stationiert worden, behauptete der ehemalige Funktionär. Diese Einheiten setzten sich in der Hauptsache aus hervorragenden Panzer- und Infanterieverbänden zusammen. Angaben über die Divisionsstärke dieser Einheiten konnte er nicht machen, sagte aber, daß die Westgrenze der Ostzone fast völlig von sowjetischen Truppen eingeblüt sei. Diese sind nach seinen Informationen alle um Berlin zusammengedrängt.

Die Bewachung der Westgrenze liege in den Händen der Volkspolizei. Der Gewährsmann will weiter wissen, daß die Zahl der sowjetischen Einheiten in Deutschland in den vergangenen Wochen stark erhöht worden sei. Er meinte allerdings, daß diese Truppenverschiebungen der Sowjetarmee bereits vor Beginn der koreanischen Feindseligkeiten an-

Angewählte Truppenkontingente in Berlin

gefangen hätten. Jetzt habe sich der Ostzonenbevölkerung allerdings eine gewisse „Kriegspsychose“ bemächtigt. Der Funktionär berichtete, daß die Sowjetunion neue Truppenverbände nach Deutschland geworfen hätte, unter denen sich vor allem Soldaten jüngerer Jahrgänge befinden. Gleichzeitig seien alle Angehörigen des russischen Besatzungspersonals und die Frauen der russischen Offiziere nach der Sowjetunion zurückgeschafft worden, behauptete der frühere SED-Funktionär.

Der Stand der Stromversorgung

Berlin (UP). Wie der Westberliner Bürgermeister Friedensburg mitteilte, betrage die augenblickliche Spitze des Stromverbrauchs Westberlins 130.000 Kilowatt. Die Leistungsfähigkeit der Westberliner Kraftwerke betrage 200.000 kw. Die Vorräte an Kohle für die Westberliner Kraftwerke betragen 150.000 t, wozu eine tägliche Anlieferung von 800 Tonnen aus Westdeutschland hinzukomme.

Der Anfall an Stromleistungen, der durch die Einstellung der Belieferung der Berliner Westsektoren mit Strom aus der Sowjetzone eintrat, betrage 60.000 kw pro Tag. Diese 60.000 kw könnten sofort auf die Westberliner Kraftwerke umgelegt werden.

Wie Direktor Karl Straußmann (BEWAG) erklärte, seien seit dem 25. April bereits Bemühungen um eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Ostsektor im Gange gewesen. Die Ostsektor-Organen hätten im Verlauf dieser Verhandlungen die Zusage gemacht, daß auch nach Ablauf des Stromlieferungsvertrages weiterhin Kraftstrom zu den alten Bedingungen nach Westberlin geliefert würde. Diese Versprechungen der Ostsektorenbehörden wurden nicht gehalten.

Erklärung des Präsidenten sei von der Fraktion im Kongreß einstimmig gebilligt worden. Aus zuverlässiger Quelle verläutet, daß Präsident Truman sich für die Zukunft beider Häuser der Kongresse Sitzung beider Häuser des Kongresses Erklärungen abzugeben, „falls es sich als notwendig erweisen sollte“.

London interveniert in Moskau  
Wegen Beendigung des Korea-Krieges

London (UP). Großbritannien hat die Sowjetregierung davon verständigt, daß England auf eine Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den anderen Mächten zur Beendigung des Krieges in Korea hoffe. Wie ein Sprecher erläuterte, hat der britische Botschafter in Moskau, Sir Kelly, dem sowjetischen Außenministerium ein entsprechendes Schreiben überreicht.

Atombombe als letztes Mittel?

Abwurf im englischen Unterhaus empfohlen  
London (UP). Im englischen Unterhaus wurde soeben die Anwendung von Atombomben im Koreakrieg empfohlen. Der national-liberale Abgeordnete, Major Roberts, brachte einen Antrag ein, in dem empfohlen wird, im Falle der Nichtbefolgung der UN-Resolution zur Einstellung des Kampfes nach zehn Tagen eine Atombombe auf die Angreifer abzuwerfen. Dabei soll der Ort des Abwurfs vorher angegeben und der Bevölkerung zehn Tage Zeit zur Evakuierung gelassen werden.

**Fremdenlegion: Frankreich dementiert**  
CSU stellt zu ihren Behauptungen

Bonn (UP). Die französische Hohe Kommission wies alle Meldungen, nach denen ehemalige deutsche Flieger für die französische Fremdenlegion eingezogen würden, als unzutreffend zurück und erklärte, daß diese angebliche Information „einwandfrei kommunistischen und nationalsozialistischen Ursprungs“ ist. Es gebe keine Abteilung der Fremdenlegion bei den französischen Luftstreitkräften und auch keine Anwerbebüros für die Fremdenlegion in Ehrenbreitstein und Beddinghausen. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bundestag, Strauss, der gestern einen Antrag eingebracht hatte, in dem die Bundesregierung auf diese Einziehungen der französischen Behörden aufmerksam gemacht wurde, erklärte, daß seine Fraktion noch immer zu ihren Behauptungen steht. Strauss wies alle Erklärungen, nach denen diese Meldungen kommunistischen Ursprungs seien, als „unzutreffend“ zurück.

**Eingliederung von 50 000 DP's**  
Bisherige Sonderrechte fallen künftig fort

Bonn (UP). Rund 50 000 heimatlose Ausländer im Bundesgebiet werden ab 1. Juli von deutschen Behörden betreut und in die deutsche Wirtschaft eingegliedert. Ihre Betreuung durch die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) fällt zum gleichen Zeitpunkt fort. Es handelt sich um diejenigen heimatlosen Ausländer, die vor der Kapitulation nach Deutschland verschleppt wurden, aber nicht an der von der IRO geleiteten Umsiedlungsaktion beteiligt sind. Insgesamt befinden sich nach Angaben des Sprechers noch rund 200 000 DP's in Deutschland, von denen 150 000 durch die IRO umgesiedelt werden sollen. Die Übernahme der Verantwortung und Betreuung für die zurückbleibenden heimatlosen Ausländer wird durch Bundesgesetz geregelt, dessen Entwurf vom Kabinett bereits angenommen wurde, aber noch einer endgültigen Abprache mit den Hohen Kommissaren bedarf.

Die Bundesregierung gibt der Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk Verständnis dafür haben wird, daß diesen Flüchtlingen das Leben erleichtert werden müsse. Das gesamte Flüchtlingsproblem bedürfe aber internationaler Lösungen. Durch Gesetzentwurf fallen alle bisherigen Sonderrechte der DP's fort. Ihnen wird jedoch nicht automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen. Von dieser Regelung sind alle politischen Flüchtlinge — vor allem jene aus der Tschechoslowakei — ausgenommen, da diese nicht der IRO, sondern der alliierten Hohen Kommission unterstehen.

**Noch kein Bundesversorgungsgesetz**  
Beschlussfassung erneut vertagt

Bonn (UP). Das Bundeskabinett vertagte erneut eine endgültige Beschlussfassung über das neue Bundesversorgungsgesetz. Ein Regierungssprecher kündigte jedoch an, daß die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes jetzt beschleunigt durchgeführt würde. Das Versorgungsgesetz soll die Pensionen und Ruhegehälter ehemaliger Wehrmachtangehöriger und der Flüchtlingsbeamten regeln. Einzelheiten des Gesetzes, von dem 450 000 Menschen erfaßt werden, sind noch nicht bekannt.

**Stahlembargo soll aufgehoben werden**  
Um ein neues Interzonenabkommen

Bonn (UP). Das alliierte Stahlembargo für Lieferungen in die Ostzone soll aufgehoben werden, sobald die sowjetischen Behörden Lieferungsbeschränkungen nach Westberlin einstellen, gab die Hohe Kommission in Bonn bekannt.

Dieser Beschluss wurde in einer gemeinsamen Konferenz alliierter Wirtschaftsexperten mit dem Bundeswirtschaftsminister gefaßt, in deren Verlauf der Abschluß eines neuen Interzonenhandelsabkommens beraten wurde.

Die alliierten Wirtschaftsexperten sagten dem Bundeswirtschaftsminister zu, daß die Verhandlungen über ein neues Interzonenabkommen mit der Ostzone von deutscher Seite ohne alliierte Einmischung geführt werden sollen. Das neue Abkommen soll sobald als möglich abgeschlossen werden, vereinbaren die deutschen und alliierten Sachverständigen. Das augenblicklich laufende Abkommen trat am 30. Juni außer Kraft.

Ein alliierter Sprecher wies im Anschluß an die Besprechungen auf dem Petersberg darauf hin, daß, obwohl der Handel mit der Ostzone nicht als Außenhandel zu betrachten sei, die Hohe Kommission dem Abschluß von Handelsabkommen doch große Aufmerksamkeit schenken müsse, da sie auch für den Handel mit währungsfremden Gebieten verantwortlich sei.

**Beschlüsse des Bundesrates**

Bonn (UP). In seiner 28. Sitzung stimmte der Bundesrat dem Gesetz über eine vorläufige Finanzhilfe für das Land Schleswig-Holstein zu. Ein Initiativantrag Nordrhein-Westfalens zur Schaffung eines Bundeswohnungsgesetzes wurde an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Ferner nahm der Bundesrat ein Gesetz zur Änderung des Sozialhilfegesetzes, ein Gesetz zur Erleichterung der Annahme an Kindes statt und ein Gesetz über eine Volkszählung an.

Breiten Raum nahm die Debatte um eine Verordnung zur Auflösung und Überführung des früheren Besitzes der ehemaligen bizonalen Verwaltung ein. Diese Verordnung sieht die Überführung der Arbeitskräfte der bizonalen Behörden soweit als eben möglich in den Verwaltungsapparat der Bundesregierung vor.

**Problem der Verteidigung Norwegens**  
Vor militärischen Beratungen

London (UP). Der Armeeausschuß der nordatlantischen Planungsgruppe des Nordatlantikpaktes wird von 1. bis zum 12. Juli Norwegen einen Besuch abstatten. Der Ausschuß besteht aus norwegischen, dänischen und britischen Offizieren, die sich an Ort und Stelle ein Bild über die Probleme der militärischen Verteidigung Norwegens machen wollen. Ein Beobachter der USA wird an den Beratungen teilnehmen.

# Bonn will Brotpreis nicht erhöhen

Entscheidung im Bundesrat verlagert

Bonn (UP). Die Bundesregierung hatte keinerlei Erhöhung des Brotpreises vorge schlagen, erklärte ein Sprecher der Regierung mit Nachdruck vor der Presse. Mit dem Hinweis, daß sich die Regierung gegen jede fühlbare Erhöhung des Brotpreises wenden werde, erläuterte er die Haltung des Bundeskabinetts zu den Drohungen der Gewerkschaften, am kommenden Wochenende im Ruhrgebiet einen zweiwöchigen Proteststreik durchzuführen, falls der Brotpreis erhöht und eine Feinsteuer verabschiedet wird.

Eine Delegiertenkonferenz nordrhein-westfälischer Gewerkschafter hatte den Streik beschlossen, der nach der Billigung durch den Bundesvorstand des DGB bedarf. Der Regierungssprecher betonte, daß gerade der Wunsch der Regierung, keine fühlbare Brotpreiserhöhung einzuführen, zur Verabschiedung des Gesetzesentwurfes über die Festsetzung dieses Preises durch das Kabinett geführt habe. Das Gesetz soll die Bundesregierung ermächtigen, im Notfall einen Höchstpreis für Brot festzusetzen.

Der Bundesrat vertagte am Freitag die Entscheidung über den Entwurf eines Gesetzes zur Festsetzung von Brotpreisen, dessen Diskussion im Mittelpunkt der Tagung gestanden habe. Die Vertagung erfolgte obgleich Bundesernährungsminister Niklas verschiedentlich auf die Dringlichkeit der Erledigung der Brotpreisfestsetzung hinwies.

Eine Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes trug dem Bundeskanzler am Freitag abend die Befürchtung des DGB vor, daß eine Brotpreiserhöhung nach Fortfall der Subventionen unvermeidlich sei. Dr. Adenauer sicherte den Gewerkschaftern zu, daß die Bundesregierung keine fühlbare Erhöhung des Brotpreises dulden und auch die vom DGB befürchtete Feinsteuer nicht eingeführt werde. Eine Entscheidung über den aus diesem Anlaß am Montag in Nordrhein-Westfalen geplanten zweiwöchigen Proteststreik ist noch vor Sonntag zu erwarten.

**Neue Richtlinien für Paris**  
Vor dem Fortgang der Verhandlungen

Bonn (UP). Die deutsche Schumanplan-Delegation hat vom Ministerrat unter Vorsitz des Bundeskanzlers neue Richtlinien für die Sechsmächteverhandlungen über die Montan-Union erhalten, teilte ein Regierungssprecher in Bonn mit. Die fünfköpfige Delegation wurde auf Beschluß des Ministerrates um je einen Sachverständigen für Kohle und Eisen erweitert. Die Namen dieser beiden neuen Delegationsmitglieder stehen nach Angabe des Sprechers noch nicht fest. Die Delegation reist nunmehr wieder nach Paris. Dementiert wurde eine Rundfunknachricht, daß die Beratungsausschüsse die Abschaffung der Ruhrbehörde vorgeschlagen hätten.

**Amerikaner glauben nicht an völlige**  
Blockade Berlins

Frankfurt (UP). Es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die sowjetischen Behörden über die „Politik der Nadelstiche“ hinaus erneut die völlige Blockade über Berlin verhängen wollen, erklärte ein leitender Beamter aus dem Stab des amerikanischen Hohen Kommissars in Frankfurt. Die verantwortlichen russischen Behörden seien sich sehr wohl darüber im Klaren, daß eine erneute Blockade Berlins nicht nur die kritische Weltlage wesentlich verschärfen müßte, sondern auch den Russen weder strategische noch moralische Vorteile irgendwelcher Art bringen könnte.

**Botschaft des Kulturkongresses**  
An Schriftsteller hinter „Eisernen Vorhang“

Berlin (UP). Der Kongreß für kulturelle Freiheit billigte einstimmig eine Botschaft an die Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler hinter dem Eisernen Vorhang, in der es u. a. heißt: „Wir sind von der tiefen Überzeugung durchdrungen, daß das Problem der Freiheit der heute von der Stalinschen Diktatur versklavten Völker und das Problem der Sicherung der Freiheit und des Friedens der ganzen Welt untrennbar verbunden sind.“

Zum Schluß des Kulturkongresses wurde eine ständige Kommission gewählt, die sich aus 25 Vertretern des internationalen Geisteslebens zusammensetzt. Als deutsche Vertreter wurden Eugen Kogon und Carlo Schmid gewählt.

**Kommt Churchill nach Deutschland?**  
Parlamentarier treffen in Konstanz geplant

Konstanz (UP). Der Gründer der Pan- Europa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, führte in Konstanz Besprechungen zur Vorbereitung einer großen internationalen Konferenz, die im Herbst in der Stadt an der Vierländerede stattfinden soll. Aus informierter Quelle verlautet, daß es sich um ein für den 21. September vorgesehenes großangelegtes Treffen europäischer Parlamentarier und Politiker handelt. In diesem Zusammenhang ist sogar von einer Teilnahme Winston Churchills die Rede. Doch konnte dies bisher nicht bestätigt werden.

**Queuille vor dem Parlament**  
Appell des neuen franz. Regierungschefs

Paris (UP). Henri Queuille, der vom französischen Staatspräsidenten Auriol mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden ist, appellierte am Freitag an alle demokratischen Länder, das Vorgehen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Fernen Osten zu unterstützen. In seiner Rede bat er die Nationalversammlung um seine Bestätigung als Ministerpräsident. „Die internationale Lage, die lange gespannt war, ist plötzlich noch enger geworden“, meinte Queuille. „Obwohl man die Gefahr nicht über treiben sollte, wäre es doch ein Fehler, die Bedeutung des Krieges zu unterschätzen, den

Nordkorea auf dem asiatischen Kontinent entfesselt hat... Wir leben in einer Welt, in der moralische Werte heftigen Erschütterungen ausgesetzt waren und sind. Aber hier wird zum ersten Mal der Grundsatz der kollektiven Sicherheit angewandt.“ Außer diesem Appell zum Koreakonflikt enthielt die Rede Queuilles eine Reihe wichtiger innenpolitischer Punkte.

Mit einer Mehrheit von 363 Stimmen gegen 208 Neinstimmen wurde Queuille von der Nationalversammlung als Ministerpräsident bestätigt. Auch die Sozialisten stimmten für ihn. Queuille wird nun sein Kabinett bilden.

**Vertrauensvotum für Duvieusart**  
Regierung für schnelle Rückkehr Leopolds

Brüssel (UP). Das belgische Abgeordnetenhaus hat der neuen christlich-sozialen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Duvieusart gegen 100 Stimmen bei einer Enthaltung das Vertrauen ausgesprochen. Die Regierung hatte entschieden, König Leopold „so bald wie möglich“ auf den Thron zurückzurufen. Nach dem Abgeordnetenhause muß jetzt noch der belgische Senat über das Vertrauensvotum für oder gegen die Regierung abstimmen. Anschließend will Ministerpräsident Duvieusart beide Häuser zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenrufen, um das Gesetz mit dem Verbot über die Rückkehr König Leopolds aus dem Jahre 1945 aufheben zu lassen.

**Dennoch Formosainvasion?**  
Der alte Plan chinesischer Kommunisten

Hongkong (UP). Radio Peiping verbreitete den Leitartikel einer Zeitung aus der kommunistischen Hauptstadt Chinas, in dem darauf hingewiesen wird, daß die chinesischen Kommunisten trotz der amerikanischen 7. Flotte die Invasion in Formosa durchführen würden. „Es besteht“, erklärte der Sender aus der Zeitung, „für das chinesische Volk nicht der geringste Anlaß, zu glauben, daß die Erklärung Präsident Trumans und anderer amerikanischer Ränder über den Schutz der Insel irgendwelche Gültigkeit hat. Das chinesische Volk wird seine Bemühungen um die Befreiung Formosas fortsetzen, und indem es die Insel dereinst befreit, hat es auch die Gewährheit, die amerikanischen Angreifer hinauszu treiben.“ Diese Meldung deckt sich mit anderen Nachrichten, die besagen, daß Mao Tse Tung nach wie vor entschlossen sei, Formosa zu „befreien“.

**Ansprache Trumans an die Jugend**  
„Unser Friedensprogramm bedroht niemand“

Valley Forge, Pennsylvania (UP). Präsident Truman sagte vor etwa 30 000 Boy Scouts, „unser Friedensprogramm ist gegen kein anderes Land gerichtet. Unser Ziel ist, alle Völker an den Segnungen der Gerechtigkeit und der Freiheit teilnehmen zu lassen.“ Truman stellte die Ideale der Boy Scouts und der Kommunisten einander gegenüber. Er sagte: „In den kommunistischen Staaten wird die Jugend mobilisiert und muß unter dem Banner von Hammer und Sichel marschieren. Diese Jugend erhält ein vollkommen anderes Weltbild. Ihr wird gelehrt, daß der Staat den Vorrang vor der Familie hat... daß die Religion versädet werden sollte und daß Gott nicht existiert. Sie werden zu Werkzeugen der Staatspolitik erzogen.“

# Der zerbrochene Marschall-Stab

Rote Streifen unter Trauerflor - Das Schicksal der 27 ehemaligen Feldmarschälle

Im Verlauf des vergangenen Krieges zählte die ehemalige deutsche Wehrmacht 27 Feldmarschälle. Ihr Schicksal charakterisiert diesen düsteren Zeitabschnitt. Vorübergehend zu höchsten Ehren aufgestiegen, mit Befehlsgewalt über Armeen und weite Besatzungsgebiete, verloren sie von heute auf morgen ihre Stellung und ihren Namen. Nur sechs der deutschen Feldmarschälle des zweiten Weltkrieges starben eines natürlichen Todes: am 17. Januar 1942 verschied der 57jährige Walter von Reichenau infolge eines Schlaganfalles. Er ist der einzige der ehemaligen höchsten Befehlshaber des deutschen Heeres, der, ohne in persönlicher Schwere zu geraten, vorzeitig abberufen wurde. Am 3. Mai 1943 starb der ehemalige Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Fedor von Bock, an den Folgen eines Fliegerangriffes, nachdem er bereits im Herbst 1942 von Hitler abgesetzt worden war. Wolfgram von Richthofen schloß am 12. Juni 1945 im Alter von 49 Jahren nach einer Operation in einem österreichischen Lazarett für immer die Augen; mit ihm im selben Sommer der 50jährige Ernst von Busch in einem englischen Gefangenenlager. Am 13. März 1946 starb Werner von Blomberg, ehemaliger Oberbefehlshaber der Wehrmacht, im Gerichtgefängnis des Nürnberger Krankenhauses an einer Herzmuskelschwäche. Am 18. Oktober 1948 Walter von Brauchitsch nach Rücktransport aus englischer Gefangenschaft. Nur ein einziger von allen Feldmarschällen, Walter Model, ist im Kampf bei einem Ausbruchversuch seiner Heeresgruppe aus dem Ruhrkessel als 54jähriger gefallen.

**Menschliche Tragödien**

Nach der Verbüßung einer von den Alliierten verhängten, dreijährigen Gefängnisstrafe durfte Wilhelm von Leeb, ehemaliger Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, von Hitler 1942 suspendiert, in die Freiheit zurückkehren. Ebenso der deutsche Luftflottenchef des zweiten Weltkrieges, Hugo Sperrle, der als einziger in allen Anklagepunkten freigesprochen wurde. Maximilian von Weichs liegt mit schwerer Herzkrankheit in der Eringer Universitätsklinik. Der 75jährige Gerd von Rundstedt, der nur noch mühsam auf zwei Stücken gestützt gehen kann, fand in einem Altersheim bei Hannover Unterkunft, nachdem die Alliierten den Prozeß gegen ihn einstellten. Der Selbstmord endeten 4 Feldmarschälle: am 18. August 1944 Günter von Kluge, ehemaliger Oberbefehlshaber West, der, mit dem Attentat vom 20. Juli in Zusammenhang zu-

**Mit der Exkommunikation bedroht**  
Eindeutige Erklärung des Vatikans

Vatikanstadt (UP). Der Vatikan verkündete die große Exkommunikation aller Personen, die die festgesetzten Rechte der katholischen Kirche in Abrede stellen oder zu umgehen suchen und geistliche Ämter ohne Zustimmung des Vatikans ansetzen. Personen, die sich im Sinne des Dekretes schuldig machen, fallen automatisch der Exkommunikation anheim.

Das neue Exkommunikationsdekret bedeutet zweifellos eine neue Verschärfung des Kampfes zwischen der Kirche und den kommunistischen Regierungen Osteuropas. In vatikanischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß in den Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ die kirchlichen Verhältnisse durch folgende Vorgänge gekennzeichnet sind:

Polen: Der Druck gegen die Kirche verschärft sich. Die katholischen Organisationen sind aufgelöst, zahlreiche Priester sind in der letzten Zeit verhaftet worden. — Tschechoslowakei: Die Kirche wehrt sich entschlossen gegen eine vollständige Kontrolle durch den Staat. Erzbischof Beran ist seit Jahren unter Hausarrest. Die katholischen Schulen und die katholische Presse sind vom Staat übernommen, die Priesterseminare geschlossen und etwa 300 Priester befinden sich in Haft. — Ungarn: Anfang Juni sind etwa 1000 Priester, Mönche und Nonnen verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt worden. Der Kampf gegen die Kirche begann bereits 1946 und erreichte durch die Verurteilung Kardinal Mindszents seinen Höhepunkt. — Rumänien: Die katholische Kirche ist nach der Verhaftung der Bischöfe vollkommen unterdrückt. — Bulgarien: Die von den Kommunisten beherrschte orthodoxe Kirche hat praktisch die katholische Kirche übernommen, so daß jeder Widerstand unmöglich ist. — Albanien: Im Lauf der letzten Jahre sind alle Bischöfe verhaftet und die meisten Priester und Seminaristen ausgewiesen worden. Das neue Exkommunikationsdekret richtet sich vor allem gegen die Versuche, in den Staaten Osteuropas schismatische Nationalkirchen zu organisieren.

**US-Dienstpflichtgesetz unterzeichnet**  
Verlängerung um ein weiteres Jahr

Washington (UP). Präsident Truman unterzeichnete das Gesetz, wonach die Gültigkeitsdauer des Dienstpflichtgesetzes um ein weiteres Jahr verlängert wird. Der Präsident wird ermächtigt, Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren bis zum 9. Juli 1951 einzuberufen.

**CDU-Fraktion konstituierte sich**  
Die neu gewählte CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages konstituierte sich in Düsseldorf.

SS-General Martin Belasteter. Vor einer Nürnberger Spruchkammer wurde der frühere SS-General und Polizeipräsident von Nürnberg, Dr. Martin, in die Gruppe der Belasteten eingereiht.

McCloy in der Schweiz. Der Bundespräsident und Außenminister der Schweiz, Pettipierre, empfing den amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland, McCloy, der zu einem kurzen Urlaub in der Schweiz weilte.

Hausaufläufe für die Sowjets. Alle Hausigentümer des Landes Thüringen wurden verpflichtet, an den Hauseingängen gut sichtbare Hausaufläufe anzubringen, auf denen unter anderem vermerkt wird, wer der „Nationales Front“ angehört und wer nicht.

# Der zerbrochene Marschall-Stab

Rote Streifen unter Trauerflor - Das Schicksal der 27 ehemaligen Feldmarschälle

besent uns zur Verantwortung gezogen, auf dem Wege zum Hauptquartier Gift nahm. Am 14. Oktober 1946 nahm Erwin Rommel — Deutschlands beliebtester Feldmarschall — das tödliche Gift. Am 28. Mai 1945 beging der letzte Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Ritter von Greim, in einem Salzburger Krankenhaus Selbstmord. Am 16. Oktober 1946 Hermann Göring, eine knappe Stunde eher er vor den Henker treten sollte. Nicht erspart jedoch wurde dieses Geschick Wilhelm Keitel, der vor dem Nürnberger Tribunal zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Daseibe Los wurde Erwin von Wittleben, einem der führenden Köpfe des Attentats vom 20. Juli, durch den „Vollgerichtshof“ am 4. August 1946 verhängt.

**Gefangen und ausgeliefert**

Die restlichen zehn Feldmarschälle leben noch in Gefangenschaft. In den Händen der Sowjets befinden sich Friedrich Paulus, Ferdinand Schörner und Ewald von Kleist. Schörner wurde, nachdem er sich mit den Resten seiner Armee zu den Amerikanern durchgeschlagen hatte, von diesen an die Russen übergeben. Von Kleist wurde durch die Engländer an Tito ausgeliefert, von wo der fast 70jährige nach der Sowjetunion abtransportiert wurde. In dem Gefängnis Werl b. Hamm befindet sich der zu 12 Jahren verurteilte Erich von Manstein, heute 64 Jahre alt. Außerdem Albert Kesselring, dessen ursprüngliches Todesurteil in lebenslänglicher Haft abgeändert wurde. In Landsberg befinden sich Georg von Kötcher, zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, Wilhelm List, lebenslänglich, sowie der ehemalige Generalinspekteur der deutschen Luftwaffe, Erhard Milch, über den dasselbe Urteil verhängt wurde. Die beiden ehemaligen Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Erich Raeder und Karl Dönitz, wurden nach Spandau verbracht. Dönitz soll hier 10 Jahre Gefängnis verbüßen. Raeder, heute 47 Jahre alt und sehr leidend, wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

Einmal galt es als höchstes Ziel eines jungen Offiziers in Deutschland, sich die „Roten Streifen“ zu erringen, Generalstabs-Offizier zu werden. Heute tragen die roten Streifen Trauerflor und der Marschall-Stab, von dem Napoleon sagte, daß ihn jeder Soldat im Tournai trage, ist zerbrochen. Möge dieses deutsche Exempel die Marschälle der Welt davor bewahren, sich vor einem ähnlichen Tribunal dereinst verantworten zu müssen.

Südwestdeutsche Nachrichten

Aus der Nachbarstadt Karlsruhe

Staatliche Kunsthalle Karlsruhe

Ausstellung Georges Rouault, 25 Gemälde, vom 30. Juni bis 30. Juli 1950, geöffnet täglich von 10 bis 13 und 15 bis 17 Uhr.

Erdbéhen registriert

Die Seismographen im Geodätischen Institut der Techn. Hochschule Karlsruhe registrieren am 29. Juni 0.30 Uhr mitteleuropäische Zeit ein Nabhéhen mäßiger Stärke. Der Herd des Bebens dürfte in ost-westlicher Richtung liegen.

Einladung nach Irland

Generalmusikdirektor Otto Matzerath vom Bad. Staatstheater hat eine Einladung nach Dublin erhalten, um dort mehrere Konzerte zu dirigieren. Das große Symphonieorchester von Radio Irland, unter seiner Leitung spielen wird, soll voraussichtlich zum Abschluß der Aufführungen die h-moll-Messe von Bach spielen.

Karlsruher Elternrat für neuntes Schuljahr Karlsruhe (wvb). Die Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Elternschaft hat in einem offenen Brief an die Unterrichtsverwaltung die Einführung eines neunten Schuljahres vorgeschlagen, an dem alle Schüler freiwillig teilnehmen können. Der Vorschlag wurde mit den großen Bildungslücken begründet, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren entstanden sind.

Fahne der Bretzener Bürgerwehr gefunden Bretten (wvb). Die Fahne der Bretzener Bürgerwehr, die 1848 vor dem einrückenden Preußen versteckt werden mußte, wurde dieser Tage in einer Rumpelkammer aufgefunden. Die aus dem Jahre 1813 stammende Fahne wird am Sonntag beim Peter-und-Paul-Fest in Bretten zum erstenmal wieder öffentlich gezeigt werden.

Seelssorge mit Motorboot

Mannheim (UP). Der Mannheimer Pater Wendelin Günther, dem 50 km Hafen- und Rheinstrecke zur Seelssorgerischen Betreuung anvertraut sind, benutzt jetzt eine Schaluppe mit einem 11-PS-Dieselmotor. Um seine Besuche bei den Schiffen auf dem Rhein zu machen. Das Motorboot „St. Nikolaus“ wurde ihm von protestantischen Rednern zum Geschenk gemacht. Von Basel bis zur Rheinmündung ist Pater Wendelin der erste Pfarrer, der ein eigenes Boot für die seelssorgerische Arbeit zur Verfügung hat. Im großen Mannheimer Hafen und bei den dort ankernden Schiffen ist der Franziskanerpaten, der in der Schaluppe aus Zweckmäßigkeitsgründen keine Kutte, dafür aber einfache Schifferkleidung trägt, sehr bekannt. Der Geistliche spricht vier Sprachen und hat seine seelssorgerische Betreuung auch auf schwedische, holländische und französische Schiffer ausgedehnt.

Doch kein Schulstreik in Mannheim

Mannheim (wvb). Der vor kurzem angekündigte Schulstreik in Mannheim wird nun doch nicht fortgesetzt. Die Stadtverwaltung hat sich zusammen mit der Schulbehörde bemüht, in Gasthäusern oder in Gebäuden von kirchlichen und anderen Institutionen Räumlichkeiten freizubekommen, in denen der Schulbetrieb notdürftig weitergeführt werden kann.

Um die Freigabe des Mannheimer Stadions Mannheim (wvb). Die Besatzungsbehörden haben der Stadtverwaltung vor kurzem

mitgeteilt, daß sie das Mannheimer Stadion freigeben wollten, wenn die Stadt den Bau einer neuen Sportanlage für die Besatzungsmacht durch wesentliche finanzielle Zuwendungen unterstütze. Nach den Berechnungen der Stadt dürfte der Bau einer Sportanlage für die Besatzungsmacht mit Gebäuden und Zuschaueranlagen für 5000 Menschen ungefähr 230 000 D-Mark kosten. Die Herrichtung und die Unterhaltung des Sportplatzes wollen die Amerikaner selbst übernehmen. Der jetzige Kostenaufwand für die Unterhaltung des von den Amerikanern besetzten Stadions beläuft sich auf 100 000 D-Mark jährlich. Die Stadt hat dem amerikanischen Vorschlag noch nicht zugestimmt. Es soll weiter mit den Amerikanern verhandelt werden mit dem Ziel, für die Stadt eine finanziell tragbare Lösung zu erreichen.

Heidelberger Spielbank endgültig abgelehnt Heidelberg (UP). Der Antrag der Stadt Heidelberg auf die Genehmigung für die Errichtung einer Spielbank soll nunmehr endgültig abgelehnt werden, wie aus Kreisen der nordbadischen Landesverwaltung in Karlsruhe verlautet. Der nordbadische Landesdirektor und württemberg-badische Finanzminister Kaufmann (CDU) habe sich trotz wiederholter Einwände gegen die Spielbank ausgesprochen.

Wohnungsbaun im Landkreis Heidelberg Heidelberg (wvb). Im Jahre 1949 wurden im Landkreis Heidelberg 763 Wohnungen fertiggestellt. Wie auf einer Bürgermeisterversammlung des Landkreises weiter mitgeteilt wurde, hofft man, im Jahre 1950 788 Wohnungen bauen zu können. Am 31. März 1950 gab es im Landkreis Heidelberg 3100 Wohnungssuchende.

Badische CDU zum Südweststaat

Baden-Baden (ldd). Die Südweststaatsfrage dürfe die Einheit der CDU nicht erschüttern, erklärte Landesvorsitzender Dichtel auf der Generalversammlung der badischen CDU in Baden-Baden. Dichtel wandte sich gegen Behauptungen über angebliche Auseinandersetzungen und Differenzen im Landesvorstand der Partei. Gewiß gebe es in der CDU Baden zwei entgegengesetzte Flügel in der Frage der Neuordnung des südwestdeutschen Raumes. Diese beiden Flügel seien sich jedoch völlig einig darüber, daß die CDU in allen Fragen geschlossen auftreten müsse und noch viel weniger auseinandergehen dürfe. Die Partei habe die Neutralität in der Südweststaatsfrage beschlossen, stehe trotzdem aber jedem Parteimitglied die persönliche Stellungnahme in Wort und Schrift frei. Eine Diskussion darüber sei in der CDU undenkbar. Gewiß werde der „kleine Parteitag“ der CDU am 30. Juli in Freiburg über die künftige Haltung der Partei in der Südweststaatsfrage entscheiden.

Etat der Innenverwaltung genehmigt

Stuttgart (wvb). Der Finanzausschuß des würt-badischen Landtags genehmigte bei seinen Beratungen am Freitag den Einzelplan der Innenverwaltung, der mit einem Zuschußbetrag in beiden Landesanteilen von rund 194 Millionen DM abschließt. Die Vorlage wurde von dem Ausschuß nur geringfügig verändert. Bei seinen Beratungen beschäftigte sich der Ausschuß unter anderem mit den kritischen Äußerungen des amerikanischen Landeskommissars Gross über das Flüchtlingswesen. In diesem Zusammenhang wurde bekanntgegeben, daß von den 93 Millionen DM staatsverbürgerten Krediten, die in dem Zeitraum von Mitte 1948 bis Mitte 1950 gewährt worden sind, 19,5 Millionen DM für Flüchtlingsbetriebe bestimmt waren. 17 Millionen DM der Gesamtsumme wurden ferner an Betriebe aus den Ostgebieten ausbezahlt, die sich in Württemberg-Baden angesiedelt haben. 317

Wildschwein flüchtet vor bellendem Radfahrer Sinsheim (wvb). Ein Radfahrer sah sich am Ortsausgang der Gemeinde Röhren plötzlich einem Wildschwein gegenüber. Das Tier wollte absolut nicht von der Stelle weichen, und der Radfahrer wußte sich in seiner Bedrängnis nicht anders zu helfen, als ein furchtbares Gebell anzustimmen. Der Erfolg stellte sich auch prompt ein, denn als der Radfahrer zu bellan anfing, rannte das Wildschwein querfeldein davon.

Französisches Gericht stellt seine Arbeit ein Rastatt (ldd). Das oberste Gericht des französischen Besatzungsgebietes für die Aburteilung von Kriegsverbrechern, das Tribunal Supérieur in Rastatt, wird im Herbst seine Tätigkeit einstellen. Gegenwärtig beschäftigt sich das hohe Gericht noch mit geringfügigen Vergehen und Aburteilungen in zweiter Instanz. Das französische Gericht in Rastatt, das hauptsächlich durch die Prozesse gegen den Industriellen Böschling und die Lagerleitung des ehemaligen KZ Ravensbrück bekannt geworden ist, hat für das französische Besatzungsgebiet dieselbe Funktion wie das Nürnberg Tribunal für das amerikanisch-besetzte Gebiet.

Baden wirbt auf der Messe in Chicago Freiburg (ldd). Im Rahmen der deutschen Beteiligung an der ersten internationalen Messe in Chicago wird ein offizieller deutscher Informationsstand Auskünfte über Reisen in deutschen Fremdenverkehrsgebieten erteilen. Der badische Fremdenverkehrsverband Schwarzwald-Bodensee-Oberrhein in Freiburg hat zu diesem Zweck eine umfangreiche Sendung von „Wegweisern“, Unterkunftsver-

zechnissen, Gebiets- und Einzelprospekten sowie Großphotos nach Chicago geschickt.

Tagung der südbadischen Landräte Säckingen. Die südbadischen Landräte stellten im Beisein des badischen Ministers des Innern Dr. Schübly hier eine Tagung ab, die sich vor allem mit der Unterbringung der Flüchtlinge beschäftigte.

Ochsenhausen beweist Zusammengehörigkeit Ochsenhausen (wvb). Bei der 800-Jahrfeier der zur Stadt erhobenen Gemeinde Ochsenhausen sagte Staatspräsident Dr. Müller, die Tatsache, daß das Kloster Ochsenhausen drei Jahrhunderte hindurch eine Prieore des Benediktinerklosters St. Blasien im badischen Schwarzwald gewesen ist, sei ein weiterer Beweis für die Zusammengehörigkeit des südwestdeutschen Raumes. Er sagte dies auf die Gefahr hin, daß es ihm von seinem südbadischen Kollegen übelgenommen werde.

Stuttgart schwitzt bei 35 Grad im Schatten Stuttgart (wvb). Mit einer Tageshöchsttemperatur von 35,2 Grad Celsius im Schatten hatte Stuttgart am Freitag den zweitheißen Juni-Tag seit dem Jahre 1881. An dem seit 1881 heißesten Juni-Tag, am 27. Juni 1947, wurde eine Temperatur von 35,5 Grad Celsius gemessen. Die bisher bekannte Höchsttemperatur in Stuttgart betrug 38,7 Grad.

Reife Äpfel an der Mose! Traben-Trarbach (ldd). Im mittleren Moselgebiet konnten bereits die ersten Frühäpfel gepflückt werden. Wie die Obstzüchter mitteilen, ist seit Jahrzehnten eine so frühe Apfelreife nicht zu verzeichnen gewesen.

Keine weiteren Todesopfer

500 000 DM Schaden beim Betzinger Zugunglück Reutlingen (wvb). Das Betzinger Eisenbahnunglück, bei dem am Donnerstag ein Personenzug mit der Rangierabteilung eines Nahelgüterzuges zusammenstieß, erforderte außer dem 19jährigen Otto Kern keine weiteren Todesopfer. Wie dpa erfährt, befindet sich nur noch einer der zehn Schwerverletzten in Lebensgefahr. 74 Reisende wurden als leichter verletzt gemeldet. In dieser Zahl sind zahlreiche Personen, die durch Glassplitter kleinere Wunden davongetragen haben, nicht berücksichtigt. An den Gleisanlagen und den elektrischen Oberleitungen entstand erheblicher Schaden, doch ist der zweigleisige Betrieb zwischen Reutlingen und Kirchentellensfurt bereits wieder am Freitagnachmittag aufgenommen worden. Beamte der Bundesbahn schätzen den Gesamtschaden auf rund 500 000 DM.

Kreuz und quer durch Baden

Einem 14jährigen Jungen wurde von der Transmission einer Mühle in Ittlingen bei Sinsheim, der linke Arm ausgerissen. Der Verunglückte liegt lebensgefährlich verletzt darnieder.

Bei Straßenbauarbeiten in Mannheim sind dieser Tage Menschenknochen gefunden worden. Die Mannheimer Kriminalpolizei ist mit der Klärung des Fundes beschäftigt.

Die Heidelbeerente im Schwarzwald ist in vollem Gang. Sowohl Qualität als auch Quantität sind in diesem Jahr ausgezeichnet. Der gesamte Beitrag der Gewerkschaft Textilbekleidung für die Westzonen Deutschlands trat in Radolfzell zu einer außerordentlichen Tagung zusammen.

Da nun in den meisten Schwarzwaldorten die Eltern ab 1. Juli die Schulpflichtungen selbst bezahlen müssen, hört diese segensreiche Einrichtung mit dem genannten Termin auf.

Der „Bühler Zwetschgenmarkt“ findet dieses Jahr am 6. August mit einem großen Volksfest statt.

Pension Claudius KRIMINALROMAN von Hanna Otto Stehls 14. Fortsetzung

„Aber niemand sah uns, niemand hielt uns auf. Wir wanderten endlos durch den Wald. Thomas hatte einen besonderen Instinkt, sich durch das grübelte Dickicht zu schlagen. Schließlich entdeckten wir einen wundervollen Platz — ringsherum Büsche, oben der strahlende Himmel. Hier lagerten wir und verbrachten viele Stunden. Wir sprachen uns über alles aus. — Aber das interessiert Sie wohl wenig“, schloß Christine. „Sie kennen unsere Geschichte wahrscheinlich nicht genau.“

„Bis tief in die Nacht. Es war ja draußen so warm. Die Zeit verging wie im Flug. Und Thomas sagte, im Wald seien wir am sichersten. Aber schließlich trafen wir doch den Rückweg an. Es war schon Mitternacht vorbei, und um diese Zeit würden wir nach Thomas' Meinung auch im Hause Korff nicht mehr belästigt werden. Er fand trotz der Dunkelheit den Weg wieder zurück, ich wanderte mich über seine Sicherheit. Ich hatte den Hausschlüssel bei mir und schloß auf, und wir traten in dieses Zimmer hier. Gleich darauf kam Herr Korff. Er hatte sich sehr gelangweilt um mich. Zweimal auch, sagte er mir, seien Beamte dagewesen, die nach Thomas gefahndet hätten. Aber er hat natürlich von nichts gewußt.“

so geschliddert, wie ich es Ihnen erzählt habe.“

Ich ihn sofort in seine Grenzen zurück. Ich hätte ihm gleich beim ersten Mal das Haus verboten, wenn ich nicht die Hoffnung gehabt hätte, daß er tatsächlich für Thomas etwas unternehmen könnte. Ich dachte, er habe sich geändert. Das schrieb ich auch Thomas.“